„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.00
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.00
to foreign countries ... $3.50
Offices and pringting plant:
1835 Halifax Street, Regina.

22. Jahrgang. | 16 Seiten. | Regina, Sask., Mittwoch, den 13. März 1929. | 16 Seiten. | Nummer 19.

Aus dem Dominion-Parlament

Opposition befürwortet scharfes Vorgehen gegen amerikan. Zollpolitik.

Landwirtschaftsminister Hon. W. R. Motherwell widerlegt übertriebene Kritik

Montreal-Gruppe erwirbt Rechte zur Ausbeutung der Wasserkräfte des St. Lorenz-Flusses.

Ottawa. — Im Dominion-Parlament wurden die möglichen Folgen einer Erhöhung des amerikanischen Zolltarifs gegen canadische Farmprodukte eingehend besprochen. Die von dem amtierenden konservativen Führer Hon. Hugh Guthrie in Vorschlag gebrachte Methode würde in allererster Linie die Einstellung des Imports amerikanischer Farmprodukte nach Canada bedeuten. In zweiter Linie würden die so ausgeschlossenen amerikanischen Farmprodukte von canadischen Farmen bezogen werden.

Indem Hon. Guthrie der Regierung diese Vorschläge unterbreitete, betonte er, daß die Dominion jetzt jährlich Farmprodukte zum Gesamtwerte von etwa $60,000,000 aus den Ver. Staaten importiert, während Canada für einen etwas höheren Betrag canadische Farmprodukte nach den Staaten exportiert. Wenn die Ver. Staaten den canadischen Farmprodukten die Türen verschließen, so kann Canada dasselbe gegenüber ähnlichen Farmprodukten tun, die bisher von der Außenwelt nach Canada eingeführt wurden. Die Dominion sei in der Lage, ihre diesbezüglichen Bedürfnisse im eigenen Lande zu decken.

„Um dieses zu erreichen," erklärte Hon. Guthrie, „bedürfen wir nur einer etwas mutigen Regierung; alles, was wir brauchen, ist eine Regierung, die fest entschlossen ist; alles, was wir brauchen, ist eine Regierung, welche die wahren Interessen des Volkes und der Farmer Canadas am Herzen hat."

Der amtierende kons. Führer versuchte, dem Hause klarzumachen, daß „etwas nicht in der Ordnung sei bezüglich des Handels dieses Landes mit den Ver. Staaten." Die Dominion kaufe jetzt zu viel von dem Lande im Süden, verkaufe dagegen zu wenig dorthin. Canada befinde sich jetzt in einer ungünstigen Lage infolge Vorsorge getroffen werden, diese auf den Handel mit der amerikanischen Republik. Denn Handel bringen unseres Landes um $[illegible],000,000 übertreffe. Hon. Guthrie erklärte, er gehe zu, daß der amerikanische Markt der begehrteste für Canada und in vieler Hinsicht auch der beste sei für den Absatz canadischer Farmprodukte. „Aber", fuhr er fort, „wenn der Zolltarif jenes Landes derart in die Höhe geschraubt wird, daß wir den Markt nicht mehr benutzen können, dann müssen wir uns darauf vorbereiten, uns des canadischen Marktes im größtmöglichsten Umfange zu erfreuen und wahrscheinlich zugleich nach anderen Märkten in der Welt Umschau zu halten. Damit wir dies aber tun können, bedürfen wir einer angemessenen Anwendung des Schutzprinzips in unserem Zolltarif."

Hon. Guthries Hinweis auf die Ver. Staaten erfuhr gegen Ende seiner Erwiderung auf die Budgetrede. In seiner Eigenschaft als amtierender Führer der Konservativen und Fortschrittler der Opposition leitete Hon. Guthrie die wichtigste Debatte der gegenwärtigen Parlamentssitzung ein. Er benutzte sich in seiner langen Rede allein über zwei Stunden mit dem Finanzgebaren des Finanzministers Hon. J. James A. Robb und seine Ausführungen waren sehr kritisch gehalten. Hon. Guthrie stellte am Schlusse seiner Rede einen Ergänzungsantrag, worin er bekunde, „daß die finanziellen Vorschläge der Regierung keine Maßnahmen für angemessene Sicherung und Schutz der Interessen der in der Landwirtschaft und Industrie tätigen Bevölkerung Canadas vorsehe." Hon. Guthrie wies in seiner Kritik auf die „hohe Gesamt-Schuld" der Dominion hin, welche am 31. März die Höhe von $2,330,825,000 erreichen würde. Es sollte Vorsorge getroffen werden, diese Schuldenlast in systematischer Weise abzutragen. Wenn jedes Jahr un- [illegible],000,000 beiseite gesetzt werden aus den Einnahmen, so würde die solcherweise angesammelte Summe nebst Zinsen die Nationalschuld in 45 Jahren tilgen. Immerhin konnte der Kritiker der Opposition nicht umhin, im Großen und Ganzen den gegenwärtigen Finanz-Minister Robb zu seinem glänzenden Jahresbericht zu beglückwünschen. „Die Vorsehung," sagte er, „hat unser Land mit unermeßlichem Wohlstand und Fortschritt überschüttet." Diese Prosperität sei einer gütigen Vorsehung und dem Vorwärtsstreben des canadischen Volkes zu verdanken.

Hon. R. J. Manion (Kons., Fort William), war der nächste Redner. Er behauptete, daß das Budget nichts bestimmtes oder außergewöhnliches enthalte. Augenscheinlich seien die wichtigsten Aenderungen im nächsten Jahre zu erwarten, wenn der Finanzminister dem Hause ein Budget vorlegen werde, welches im Hinblick auf die kommenden Wahlen zugeschnitten sei. Es scheine, daß es die Hauptsorge des Finanzministers sei, die jetzige Regierung am Ruder zu erhalten. Während die Regierung viel über ihre er-

(Fortsetzung auf Seite 5)

Prinz von Wales übernimmt Königspflichten.

London, 8. März. — Der britische Thronfolger, Prinz von Wales, wird nach einer amtlichen Kundgabe, König George in diesem Jahre bei den Zeremonien der Verleihung von Adelstiteln vertreten.

Dies kennzeichnet eine offizielle Anerkennung des wachsenden Anteils an den königlichen Pflichten, die dem Prinzen von Wales aufgebürdet sind, seitdem es sich herausgestellt hat, daß die Genesung des Königs George nur langsam von statten gehen wird.

Schwere Strafen für die Uebertretung amerikan. Prohibitionsgesetzes.

Washington, 8. März. — Mit der Unterzeichnung der Jones Bill durch den Präsidenten Coolidge erhielt das Land heute ein neues Gesetz, das eine Maximalgefängnisstrafe von fünf Jahren und eine Geldstrafe von $10,000 für Uebertretungen des Prohibitionsgesetzes vorsieht.

Den Bundesrichtern wird in Bestimmungen des Gesetzes die Weisung erteilt, in ihren Verurteilungen zwischen den verbrecherischen und gewohnheitsmäßigen Uebertretungen und den zufälligen oder leichten Uebertretungen zu unterscheiden.

Die neue Maßnahme tritt sofort in Kraft. In Verbindung mit der weiteren Prohibitionsbewilligung für das nächste Fiskaljahr wird sie sogleich den stärksten Kraftaufwand in den Durchführungsbestrebungen zu Beginn der Hoover-Administration bedeuten.

Premier Gardiner über die Sprachen-Resolution

Informationen betreffs angeblicher Uebertretungen des Schulgesetzes einer eingehenden Untersuchung unterzogen.

Ausführliche Auskunft vom Präsidenten der Schultrustees Association von Saskatchewan gewünscht.

Premier Gardiner betont, es sei wünschenswerter daß alle Körperschaften Saskatchewans sich in ihren Resolutionen vorzugsweise mehr auf Tatsachen beschränken, anstatt beunruhigende Propaganda zu fördern.

Eingehenden der Informationen, auf Grund welcher die Resolution bezüglich der Unterrichtssprache in den öffentlichen Schulen auf der kürzlichen Schultrustees-Konvention in Regina gefaßt wurde, werden jetzt durch Premier J. G. Gardiner von Saskatchewan von dem Präsidenten der Schultrustees-Association einverlangt, damit das Departement für Erziehung in die Lage versetzt werde, zu untersuchen, ob irgend jemand die Schulgesetze Saskatchewans übertritt oder nicht.

„Meine Aufmerksamkeit wurde auf eine Resolution gelenkt, die auf der letzten Konvention der Schultrustees Association angenommen wurde, welche sich mit der Sprachunterrichtsfrage in öffentlichen Schulen befaßt", sagte Premier Gardiner am Freitag. „Die in der Presse geführte Diskussion hat nicht wenig mit der Resolution zu tun. Das jetzige Gesetz schreibt vor, „angenommen, wie nachfolgend vorgesehen, soll Englisch die einzige Unterrichtssprache in allen Schulen sein und keine andere Sprache als Englisch darf während der Schulstunden gelehrt werden."

Vorgeschlagene Ausnahmen

„Die gemachte Ausnahme ist, daß Französisch die Unterrichtssprache für französische Schüler in Grad 1 sein kann, auch nur für ein Jahr in Grad 1 für gemischtsprachliche Schüler.

„Hieraus geht deutlich hervor, daß insoweit das jetzige Schulgesetz in Betracht kommt, die Resolution „beschließen, daß Englisch die allseitige Unterrichtssprache in den öffentlichen Schulen dieser Provinz sei," nur auf das Unterrichten französischer Schüler in französischer Sprache in Grad 1 der öffentlichen Schulen gerichtet sein kann. Alle übrigen Instruktionen in unseren Schulen, öffentlich oder separat, müssen nach dem Gesetz in der englischen Sprache und in dieser Sprache allein erteilt werden."

„Ist es dann Ihre Ansicht, daß die Resolution, wie beschrieben, sich nur gegen die französische Sprache in den öffentlichen Schulen wendet?" wurde Premier Gardiner gefragt.

„Wie eingereicht, in wie endgültig angenommen und in der Presse veröffentlicht, würde sie der Gebrauch keiner Sprache erlauben „auf den Spielplätzen dieser Provinz" mit Ausnahme der englischen Sprache. Ich nehme an, die Schulspielplätze sind damit gemeint. Wenn das wünschenswert ist, dann müßte ich den Rat geben, daß dies nur durch Korporation zwischen dem Lehrer und den Schülern erreicht werden kann. Es wäre interessant, die Auswirkungen eines derartigen Gesetzes zu beobachten, welches einem sechsjährigen Kinde verbieten würde, in seiner Muttersprache auszurufen, während es einem anregenden Sportzeugnis auf dem Spielplatze zuschaut, namentlich wenn das Kind nicht Englisch sprechen könne. Da sollte ein wenig Vernunft gebraucht werden, selbst zugestanden unserer Ansicht."

„Aber das Gesetz hat nur Anwendung auf die Schulstunden!" wurde Premier Gardiner weiter gefragt.

„Die ganze Richtung in jedem Schuldistrikt, besonders in der Provinzgemeinde, ist, die Schule mehr und mehr zu einem Gemeinschafts-Zentrum zu machen. Die Schulhäuser sind nicht festgemacht, sodaß die Schule in eine Halle umgewandelt werden kann. Einige von ihnen sind so ausgestattet, daß sie für Dinners und gesellschaftliche Veranstaltungen verwendet werden können. Das Schulgebäude gehört dem Volke des lokalen Distrikts und wir wagen uns, Gesetze zu erlassen, welche es dem Volke verbieten würden, die Schulen ihres Distriktes auch außerhalb der Schulstunden zu benutzen. Die Schulgebäude wurden vom Volke erbaut, sie bezahlen dafür und sie können dieselben auch für irgendeinen legitimen Zweck benutzen. Wenn ein Teil der Steuerzahler wünscht, daß ihre Kinder von 5 bis 6 Uhr in der deutschen Sprache unterrichtet werden, welchen Unterschied macht dies dann den übrigen Steuerzahlern, ob dieser Unterricht in der Schule oder in einer Wohnung erteilt wird?"

„Der Zankapfel, worum es sich handelte, war, daß ein Lehrer, der tüchtig war, die gewünschte Sprache zu lehren, ein höheres Gehalt erhält, als einem englischsprechenden Lehrer gezahlt wird," wurde weiter behauptet.

„Wenn dem so ist, dann hat die Methode, wie dem abzuhelfen ist, nichts mit der Benutzung des Schulgebäudes nach den Schulstunden zu tun. Sie mögen ebensogut die Behauptung aufstellen, daß, weil die Schule für kirchliche Zwecke an Sonntagen benutzt wird, der Schulvorstand das Gehalt des Predigers bezahle, im Falle derselbe, wie dies keine Seltenheit, ist der Lehrer wie auch der Prediger der betreffenden Schule ist. Tatsache ist, daß die Schultrustees die Schulfonds gesetzlich nicht für andere Zwecke verwenden können als nur für die legitime Führung der Schule als eine öffentliche Schule.

„Welches ist die Methode der Abhilfe für diejenigen, welche glauben, daß das Gesetz übertreten wird in Bezug auf den Gebrauch von anderen Sprachen als der englischen während der regulären Schulstunden, oder den Gebrauch der Schulfonds für Arbeiten, welche nicht im Rahmen des Gesetzes liegen?" wurde der Premier weiter gefragt.

„Sie können entweder den Schulvorstand, den Lehrer, oder beide vor's Gericht bringen und sie verurteilen und bestrafen lassen und im Falle ein Lehrer der absichtlichen Gesetzesübertretung überführt wird, werden wir

(Fortsetzung auf Seite 5)

Die Revolution in Mexiko

Niederlage der Aufständischen. — Eine Schlacht in Juarez im Gange.

Washington, 9. März. — Angebliche Massendesertionen aus den Reihen der Streitkräfte der mexikanischen Rebellen und die Wiedereroberung von Vera Cruz und Monterey von Seiten der Bundestruppen in Mexico City, erhöhte die Hoffnungen von hiesigen Beamten heute mit der Ansicht, daß das Rückgrat der mexikanischen Militär-Revolte in aller Kürze wieder gebrochen sein wird.

Die Wiedereroberung von Monterey brachte einen der bedeutendsten strategischen Punkte im nordöstlichen Mexiko wieder unter Bundeskontrolle. Monterey ist ein Eisenbahnknotenpunkt, der alle Haupteisenbahnlinien in Mexiko verbindet, 206 Meilen von Matamoros, gegenüber Brownsville, Texas, und 322 Meilen von Tampico und 635 Meilen von Mexico City.

Außerdem, bildet Monterey auch noch das Herz Mexikos durch seine Stahlindustrie, zuweilen wird es das „Chicago" Mexikos genannt. Hier befinden sich mehr als 90 Stahlfabriken der großen Compania Fundidora von Monterey, die mehr als 90 Prozent Stahl in Mexiko fabrizieren, mit einer Jahresproduktion von 60,000 Tonnen und einer Angestelltenzahl von 2500 Mann.

Auch die Amerikaner haben hier Interessen. Insgesamt 25 Prozent vom Kapital der Gesellschaft befindet sich in amerikanischen Händen. Von dem restlichen Kapital befinden sich 60 Prozent in mexikanischen und die restlichen 15 Prozent in spanischen Händen. Blei, Kupfer und Metallmühlen bilden ebenfalls einen Teil des Industrielebens in Monterey.

Berichte von dem Hauptquartier der Rebellen besagen heute, daß General Marcelo Caraveo, Gouverneur des Staates Chihuahua, sich den Rebellen angeschlossen habe. Mexikanische Beamte bezweifeln allerdings diese Meldung, obgleich zugegeben wird, daß ein Teil der Soldaten Caraveos desertiert sei. Wenn aber auch diese Meldung zutrifft, so heißt es hier weiter, so würde der Uebertritt von Chihuahua City, Hauptstadt jener Provinz, keinen bedeutenden strategischen Vorteil für die Rebellen im Gefolge haben.

Gemäß den Ansichten militärischer Beobachter sowohl hier als auch von mexikanischer Seite haben die Rebellen keine besondere Strategie an den Angriffspunkten mit Ausnahme an der Grenze entlang bewiesen. Die Kontrolle der Grenzorte würde, sofern sie vollzieht wird, die Verfrachtung von Waffen und Munition an die Bundestruppen im Innern hemmen und das Schmuggeln von Waffen an die Rebellen über die internationale Grenze erleichtern.

Beweise darüber, daß die Revolte nur reinen militärischen und politischen Charakter trägt, haben sich mit weiteren ausgegebenen Erklärungen von den Rebellenführern Jesus Aguirre in Vera Cruz und General Borques in Nogales, Sonora, die den Expräsidenten Calles und Pascual Ortiz Rubio bekämpfen, noch erhöht. Ortiz Rubio, das Sturmzentrum von Rebellenangriffen, trat am Montag wieder in den Vordergrund, als die nationale Revolutionspartei ihn auf einem Konvent zum Kandidaten für die Präsidentschaft als Nachfolger des provisorischen gegenwärtigen Gil nominierte. Rubio ist ein Anwalt von Beruf und ist eines der ältesten Mitglieder der Revolutionspartei und war in den Revolutionsjahren aktiv tätig, die dem Sturz des Diaz-Regimes folgten.

El Paso, Texas, 9. März. — Eine Schlacht mit Juarez, der Schlüsselstadt des nördlichen Mexiko

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Außenminister Stresemann verteidigt Volksminderheiten

„Sprache und Glaube sind ewige Menschenrechte."

Verlangen nach Revision führt zu Auseinandersetzung mit Chamberlain.

Genf, 9. März. — Die Möglichkeit einer Revision der Friedensverträge, angeregt von dem deutschen Außenminister Dr. Gustav Stresemann in seiner Ansprache vor dem Völkerbundrat, führte zu einem kurzen Wortgefecht zwischen Stresemann und dem britischen Außenminister Sir Austen Chamberlain.

In Begründung seiner Forderung von besserem Schutz für Völkerminderheiten bemerkte Stresemann, daß politische Verhältnisse des dezzeitigen Jahrhunderts nicht notwendigerweise Bestand andauernd wären. Hierauf anspielend, wies er auf Artikel XIX der Völkerbundsatzung hin, der Revision von Verträgen vorsieht, und dieser Gedanke sei auch in der Völkerbundsatzung klar ausgesprochen.

Der britische Außenminister erklärte diese Hindeutung für bedauerlich. Er sprach die Ueberzeugung aus, daß Artikel XIX im Zusammenhang mit dem Problem der Völkerminderheiten nur Schwierigkeiten bringen würde, weil jener Artikel für die Minoritäten-Frage nicht wesentlich sei.

Stresemann erwiderte, wenn der britische Außenminister den Wortlaut seiner Rede sorgfältig gelesen hätte, würde er eingesehen haben, daß seiner Hindeutung auf die Richtigkeit der Dinge, und den Inhalt der Völkerbundsatzung folgend die Erklärung gefolgt sei, dies alles aber habe nichts mit der Minoritäten-Frage zu schaffen.

Das Publikum im allgemeinen schien sich jedoch dafür zu interessieren, daß Stresemann tatsächlich in seiner Rede von dem Artikel für Vertragsrevision gesprochen hat.

In sachlicher und beredter Ausführung trat der deutsche Außenminister für bessere Beschützung der Rechte von Völkerminderheiten ein und beantragte die Einsetzung einer Sonderkommission zur Prüfung des ganzen Problems. Feierlich erklärte er, die Völker, die anderen Nationen, nicht ihren eigenen, zugeteilt worden, „haben ein ewiges Recht, ihre eigene Sprache zu reden, Seele und Glauben zu bewahren."

Entschieden lehnte er den Gedanken ab, daß Völkerminderheiten allmählich von den Völkern, unter denen sie leben, aufzusaugen seien. Den Minoritäten sei keine gehörige Gelegenheit gegeben, unter dem derzeitigen System ihre Beschwerden vorzubringen. Sie seien erfüllt von Enttäuschung, Verzweiflung und Mißtrauen gegen den Völkerbund, dessen Pflicht es sei, sie zu schützen.

Unter Hinweis auf Goethes Mahnung, daß die Nationen und die Menschen gegen wechselndes Schicksal auf der Hut sein sollten, warnte Stresemann den Rat, daß die Völker, die heute herrschen, vielleicht morgen schon nicht mehr herrschen. Gerechte Behandlung müßte den Völkern zuteil werden, im Einklang mit dem „Ideal eines Friedens für die Ewigkeit."

Entschieden befürwortete Stresemann den Vorschlag des canadischen Ratsmitgliedes Dandurand, wonach alle 14 Ratsmitglieder anstelle des gegenwärtigen Dreierkomitees, einen Vertreter in einem Komitee für Völkerminderheiten haben sollten.

Aristide Briand, der französische Außenminister, vertrat den Standpunkt, die Rechte der Minoritäten seien geheiligt, aber erst müßten diese Minderheiten nationale Obrigkeit achten. Im übrigen sei er in der Hauptsache mit der Haltung, die Sir Austen Chamberlain ausgesprochen hat, einverstanden.

Briand tadelte Jene, die aus den Schwierigkeiten neuer Länder Vorteile suchten, indem sie geflissentlich darauf hinarbeiteten, Volkselemente von diesen Staaten loszutrennen. Die Minoritäten könnten ihre Religion, Sprache und Kultur behalten und dennoch im Einvernehmen mit ihren Nationen als ein Ganzes leben.

Der britische Außenminister hatte vorher bemerkt, er sei überzeugt, daß kulturelle Eigenschaften von Völkerminderheiten nicht unterdrückt oder abgeschafft werden sollten, indessen denke er auch, die Minoritäten sollten loyale Mitglieder der Nationen sein, denen sie jetzt angegliedert sind.

Der japanische Delegat, Adachi, wurde beauftragt, inbezug auf die eingereichten Vorschläge für Behandlung des Minoritäten-Problems Empfehlungen zu unterbreiten.

Folgende Anträge liegen vor: Der deutsche Vorschlag für Einsetzung eines Sonderkomitees zur Prüfung des Problems in seiner Gesamtheit und zur Herbeiführung von besserem und schnellerem Schutz der Rechte von Minderheiten.

Der zweite Vorschlag, von dem canadischen Vertreter ausgehend, verlangt Vergrößerung des derzeitigen Minoritäten-Komitees und Berechtigung für solche Minderheiten, Petitionen an den Völkerbundrat zu richten.

Hauptaufgaben der neuen amerikanischen Regierung

Farmhilfe, Zolltarifrevision und Prohibitionsdurchführung auf Präsident Hoovers Programm.

Washington, 9. März.—Die farbenbunten, kaleidoskopartigen Bilder der Inaugurationsfeier sind verschwunden, Glanz und Glorie des großen Tages leben nur noch im Erinnern, und von heute an sieht sich Herbert Hoover Aufgaben gegenüber, mit denen sich zwei ihm vorangegangene Administrationen abgemüht haben, und die dringend Erledigung heischen.

Farmerhilfe - Zolltarif - Revision, wirkungsvollere Prohibitionsdurchführung, die Veräußerung der Muscle Shoals-Kraftwerke und Eisenbahn-Konsolidierung sind unter den wichtigsten einheimischen Problemen, die zu lösen sind.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten ragen weitere Seewehr-Abrüstung, Amerikas Beitritt zum Welt-Schiedsgericht, die Anbahnung besserer Beziehungen zu den latein-amerikanischen Republiken und die Frage der Anwesenheit amerikanischer Seesoldaten in Nicaragua über alle anderen Fragen empor.

Mit Farmerhilfe und dem Tarif wird sich eine Sondertagung des Kongresses zu befassen haben, die gegen Mitte April zusammentreten wird; die Erörterung anderer interner Probleme bleibt der regulären Kongreß-Session vorbehalten, doch wird der Präsident schon vorher eine nationale Kommission zum Studium der Prohibition und der allgemeinen Gesetzesdurchführung ernennen.

Präsident Hoovers Kabinett

Präsident Hoover selbst ließ nichts darüber verlauten, ob er die Namen der Sekretäre Mellon und Davis dem Senat zur Bestätigung vorlegen werde; in Kreisen republikanischer Führer hieß es, dies werde voraussichtlich nicht geschehen. Nach dem Gesetz ist der Präsident nicht verpflichtet, bereits im Amt befindliche Kabinettsmitglieder neu bestätigen zu lassen.

Die neuen Mitglieder des Hoover-Kabinetts sind:

Henry L. Stimson, New York, Staats-Sekretär.

James W. Good, Iowa, Kriegs-Sekretär.

William D. Mitchell, Minnesota, Generalanwalt.

Walter F. Brown, Ohio, Generalpostmeister.

Charles Francis Adams, Massachusetts, Marine-Sekretär.

Ray Lyman Wilbur, California, Innen-Sekretär.

Arthur M. Hyde, Missouri, Ackerbau-Sekretär.

Robert P. Lamont, Illinois, Handels-Sekretär.

Im Senat wie im Repräsentantenhause stützt Herm Hoover eine erhebliche republikanische Mehrheit zur Durchführung seines Regierungsprogramms zur Verfügung. Das Stimmenverhältnis im Senat ist allerdings nicht so günstig, wie im Repräsentantenhause, aber mit der überwiegenden Mehrheit im Hause ist diese Körperschaft imstande, dem Senat Zügel anzulegen.

Im Senat sitzen 55 Republikaner, 39 Demokraten und ein Farmer-Arbeiterparteiler. Ein Republikaner, Vare aus Pennsylvanien, kämpft noch um seinen Sitz, der ihm vorläufig verweigert ist. Somit haben die Republikaner eine Majorität von 16 Stimmen. In diese sind natürlich die sogenannten „Progressiven" eingeschlossen, die sich gelegentlich in Opposition zu ihrer eigenen Partei stellen und mit den Demokraten stimmen, aber Präsident Hoover hat sich bereits die Unterstützung einiger dieser Männer gesichert. Die republikanische Partei gewann bei der letzten Wahl im Senat sieben Sitze.

Das Haus hat 268 Republikaner, 162 Demokraten und einen Farmer-Arbeiterparteiler. Zwei Sitze sind in Zwietracht, zwei sind unbesetzt. Die G. O. P. hat somit eine Mehrheit von 106 Stimmen. In aber mehrere Wahlkontrolle im Gange sind, nehmen die republikanischen Führer mit Sicherheit auf mindestens 130.

Diese Majorität dürften Herrn Hoover manchen Stein aus dem Wege räumen.

Schutzimpfung gegen Keuchhusten.

Berlin, 8. März. — Professor Dr. Friedrich von Bernuth, welcher die Säuglings- und Kinderklinik der Universität Jena leitet, teilt in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" der Aerztewelt mit, daß er in dem sogenannten „starken Tuscosan" eine Lymphe gefunden hat, welche in 95 unter 100 Fällen Ansteckung von Kindern mit Keuchhusten verhütet.

Ein Kubikzentimeter der Lymphe wird Kindern, die in Gefahr stehen, den Keuchhusten zu bekommen, sechsmal in vier Tagen unter die Haut eingespritzt, und die Gefahr schwindet. Auch bei ganz jungen Kindern und solchen, die mit der sogenannten „englischen Krankheit", der Schwindsucht und anderen konstitutionsschwächenden Krankheiten behaftet sind, und unter denen der Keuchhusten sich als ein häufig ebenso unerbittlicher Würgengel erwies, wie die Diphtherie.

Die neue Lymphe ist jetzt in der Kinderklinik in Jena anderthalb Jahre lang praktisch erprobt und hat in 70 Fällen der Anwendung 66 gute Ergebnisse gezeitigt, d. h. sonst ganz unvermeidliche Ansteckung von Kindern verhütet, die mit Keuchhustenpatienten in Berührung gekommen waren.